

# SOLOTHURNER FREISINN

**Wir machen Solothurn stark!**



## Für eine faire Besteuerung

**Ja zur Individualbesteuerung**

Die Delegierten der FDP Kanton Solothurn haben klare Kante gezeigt: Sie haben sich bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung unmissverständlich für die Individualbesteuerung ausgesprochen. «Die Heiratsstrafe gehört abgeschafft», brachte es die Aargauer FDP-Nationalrätin Maja Riniker, die als Gastreferentin auftrat, an der Delegiertenversammlung in Stüsslingen auf den Punkt. Kantonalpräsidentin Sabrina Weisskopf doppelte nach: «Das aktuelle Steuersystem entspricht nicht mehr der heutigen Gesellschaft. Es setzt falsche Anreize.» Und alt Kantonsrätin Johanna Bartholdi plädierte für «One person – one vote – one tax».

Wir freuen uns, wenn Sie uns im Abstimmungskampf unterstützen, unsere Beiträge auf Social Media teilen, Leserbriefe schreiben und ein Ja in die Urne legen.



### Liebe Freisinnige

Blicken wir auf die Weltpolitik der letzten Wochen, zeigt sich: Das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist massiv unter Druck. Der Präsident der Vereinigten Staaten zum Beispiel handelt mit seinem imperialistischen Gehabe, seiner Zollpolitik und mit seinen Drohgebärden entgegen allen Prinzipien, für welche wir Freisinnige eintreten: Anstand und Verlässlichkeit, Freihandel, eine regelbasierte Weltordnung und Rechtsstaatlichkeit. Unser Land lebt von Respekt, institutioneller Stärke und einer politischen Kultur des Ausgleichs – nicht von Krawall, Personenkult und Dauerempörung. Aber auch in unserem Land gibt es Handlungsbedarf.

### Mit der FDP die Schweiz schützen

Deshalb hat die FDP an der Delegiertenversammlung in Genf ein Positionspapier mit elf konkreten Forderungen verabschiedet. In der Schweiz nehmen Gewaltverbrechen und Drogenkriminalität mit all ihren schlimmen Begleiterscheinungen zu. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung schwindet. Der Staat vernachlässigt seine Kernaufgabe, den Schutz der Menschen zu gewährleisten. Ein Grund liegt in einem Justizsystem, das Täterrechte zu stark gewichtet, statt den Opferschutz ins Zentrum zu stellen. Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität bei. Während die Linke diese Problematik

tabuisiert, gefährdet die SVP mit ihrer Chaosinitiative die internationale Polizeiarbeit. Durch den unausweichlichen Wegfall von Schengen/Dublin würden die Sicherheitsbehörden faktisch blind. Für die FDP hat Sicherheit oberste Priorität, auch wenn dies finanzielle Mittel und neue politische Prioritäten erfordert. Denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Die Forderungen im Positionspapier reichen von strenger Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten über längere vorläufige Festnahmen bis zur landesweiten Einführung des dynamischen Electronic Monitoring.

### Mit der FDP am 8. März Geschichte schreiben

Der Wechsel zur Individualbesteuerung ist überfällig. Heute zahlen viele Ehepaare mehr Steuern als Unverheiratete mit gleichem Einkommen – das ist unfair. Mit der Individualbesteuerung wird jede Person unabhängig vom Zivilstand besteuert: transparent, zeitgemäss und gerecht. Etwa 50 % der Bevölkerung zahlen künftig weniger Steuern, für 36 % ändert sich nichts. Nur 14 % zahlen leicht mehr. Insgesamt werden die Haushalte um rund 600 Millionen Franken entlastet, besonders der Mittelstand profitiert. Tieferen Steuern auf dem Lohn – das ist beispiellos! Übrigens greift der Vorwurf wachsender Bürokratie definitiv zu kurz: Zwar gibt es einen einmaligen Umstellungsaufwand, doch Digitalisierung und das ein-

fachere Steuersystem gleichen den Mehraufwand schnell aus. Neu gilt: eine Person, eine Steuererklärung, ein Leben lang – unabhängig von Heirat, Trennung oder Scheidung.

### Mit der FDP vernünftige Klimapolitik betreiben

Die Klimafonds-Initiative bringt hohe Kosten und Bürokratie, ohne dass der Klimaschutz wirksamer wird. Unternehmer und Konsumentinnen würden zusätzliche Abgaben tragen, was Preise erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft schwächt. Kantone, Gemeinden und Firmen müssten neue Melde- und Kontrollpflichten erfüllen, während die Mittelverwendung intransparent bleibt. Ein starrer Fonds ist weniger flexibel als bestehende Programme und führt nicht automatisch zu mehr Emissionsreduktionen. Effektiver sind gezielte Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Innovationen. Die Initiative belastet Wirtschaft und Bevölkerung stark, ohne die Klimaziele sicherer zu erreichen. Deshalb NEIN zur Klimafonds-Initiative!

**Susanne Vincenz-Stauffacher**  
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

**Benjamin Mühlemann**  
Co-Parteipräsident und Ständerat



# Es braucht den ehrlichen Dialog

## Präsidiale Gedanken

### Liebe Freisinnige

Der Jahresübergang war politisch intensiv und geprägt von der Budgetdebatte im Kantonsrat. Unsere Fraktion hat dabei erstmals ein Budget abgelehnt. Nicht aus populistischen Gründen, sondern aus Verantwortung. Der Kanton rechnet mit einem Defizit von fast 100 Millionen Franken, und die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments hat weder den Ernst der Lage erkannt, noch die Bereitschaft gezeigt, effektiv zu sparen.

Sämtliche Anträge zur Reduktion des Defizits wurden abgelehnt. Mit dem Nein in der Schlussabstimmung hat unsere Fraktion deshalb klar zum Ausdruck gebracht: So kann es nicht weitergehen. Wenn von 100 Kantonsrätinnen und Kantonsräten lediglich 52 dem Budget zustimmen, ist das ein deutliches Signal für die Zukunft.

### Rechnung landet bei Steuerzahlenden

Angespannt ist nicht nur die finanzielle Situation des Kantons, sondern auch jene unserer Gemeinden. Die Sozialkosten steigen, die gebundenen Ausgaben wachsen, der finanzielle Spielraum schrumpft – und gleichzeitig werden die Erwartungen an den Staat immer grösser. Das zeigt sich exemplarisch bei den Schulen, bei den sozialen Angeboten und bei der Infrastruktur.

Lösungen sind kaum in Sicht. Im Gegenteil: Es folgen immer neue Forderungen nach mehr Staat, mehr Ausgaben und mehr Umverteilung. Oft gut gemeint, selten zu Ende gedacht. Die Rechnung landet am Schluss bei den Steuerzahlenden, bei den Unter-

nehmen und bei den Gemeinden – also bei uns allen. Genau deshalb braucht es den Freisinn heute mehr denn je – es braucht ein liberales Korrektiv.

«Wenn dem Budget nur 52 Kantonsrätinnen und Kantonsräte zustimmen, ist das ein deutliches Signal.»

In diesem Kontext stehen auch die Parolen unserer Delegiertenversammlung.

- Wir haben Ja gesagt zur Individualbesteuerung – zu einer liberalen Reform, die Freiheit stärkt, Leistung anerkennt und modernen Lebensrealitäten gerecht wird.
- Wir wollen starke, unabhängige Medien und lehnen deshalb die SRG-Halbierungsinitiative ab.
- Wir stehen zum Verpflichtungskredit für den neuen Stützpunkt der Kantonspolizei, weil Sicherheit eine Kernaufgabe des Staates ist. Freiheit braucht Sicherheit.

- Wir haben die Erhöhung der Familienzulagen abgelehnt, weil Kosten und Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis stehen und wir eine zusätzliche Belastung unserer KMU ablehnen.
- Und wir haben uns kritisch mit Massnahmen auseinandergesetzt, die Lasten vom Kanton zu den Gemeinden verschieben – im Bewusstsein des wachsenden Spannungsfelds zwischen diesen Staatsebenen.

### Angespanntes Verhältnis

Als Präsidentin der Kantonalpartei beschäftigt mich dieses angespannte Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden sehr. Gerade wir Freisinnigen tragen hier eine besondere Verantwortung. Es braucht einen ehrlichen Dialog, eine echte Zusammenarbeit und den gemeinsamen Willen, Probleme an der Wurzel zu packen. Eine blossige Umverteilung von Lasten löst keine Probleme – sie verschiebt lediglich die Kostenfolgen. Es ist an uns, tragfähige und faire Lösungen zu erarbeiten.

Unser Kanton braucht den Freisinn. Er braucht eine Politik der Verantwortung, der Vernunft und der Freiheit. Und er braucht euch alle, die diesen Weg mittragen, mitdenken und mitgestalten – damit wir gemeinsam wieder zu alter Stärke zurückfinden.

**Herzlich**  
**Sabrina Weisskopf,**  
Präsidentin FDP Kanton Solothurn

Engagierte Behördenmitglieder aus Subingen (von links): Ferdane Rrahimi, Bruno Christen, Remo Kissling, Remo Balmer, Caroline Bühler, Benjamin Burkhard, Michael Kummlí, Agathe Stettler und Thomas Keller.



# Eine Gemeinde in FDP-Hand

Wir stellen die Ortspartei aus Subingen vor

Nach 52 Jahren hat die FDP Subingen 2025 das Gemeindepräsidium von der SP übernommen. Zudem sind vier der insgesamt neun Gemeinderäte für die FDP im Einsatz.

Mit Michael Kummlí ist eine erfahrene FDP-Persönlichkeit als Gemeindepräsident am Werk. 2009 startete Kummlí, aufgrund Vereins- und Verbandstätigkeiten bestens vernetzt, seine politische Laufbahn auf Gemeindeebene. Seit acht Jahren politisiert er im Kantonsrat und setzt sich brückenschlagend für unseren Kanton und für Subingen ein. Je zur Hälfte ist Kummlí für die Gemeinde sowie für seinen Arbeitgeber im Einsatz und verbindet so Politik und Wirtschaft. Als Gemeindepräsident weiss er, dass viele Themen nicht nur lokalpolitisch, sondern regional gelöst werden müssen. Er ist deswegen in mehreren regionalen Organisationen aktiv.

### FDP-Dominanz

Die FDP Subingen wird von Remo Kissling als Präsident geführt. Kissling ist seit 2021 im Gemeinderat aktiv und war langjähriger Präsident des FC Subingen. Remo führt ein KMU, das in der Automation und Robotik aktiv ist. Dank seinem Netzwerk war es möglich, für die aktuelle Legislatur neun Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl für den Gemeinderat zu motivieren. Trotz der neu in Subingen aktiven SVP

«Die Ortspartei will explizit einen Beitrag zu einem aktiven Dorfleben leisten.»

gelang es der FDP, ihre Wähleranteile auszubauen. Neben der FDP sind die SVP und Die Mitte mit je zwei Sitzen und die SP mit einem Sitz im Gemeinderat vertreten.

Die FDP Subingen ist generell aktiv und sichtbar. Sie stellt regelmässig jedem Haushalt ein Infoblatt zu, mit dem sie ihre Bevölkerung kurz und bündig informiert. Die Ortspartei will explizit einen Beitrag zu einem aktiven Dorfleben leisten und stellt daher alljährlich die Chürbisnacht auf die Beine. Weiter werden traditionell auch FDP-Höcks organisiert. Diese sind jeweils kombiniert mit einem Besuch einer Firma oder Institution.

### Grosse Aufgaben in Subingen

Subingen ist seit vier Jahren im Sparmodus. Die bekannten Ablastungen schlagen auf die Gemeindefinanzen. Die Gemeinde hat zudem über die letzten Jahre in eine attraktive Infrastruktur investiert. Gepaart mit steigenden Kosten bei gleichzeitig stagnierender Steuerkraft bei den natürlichen wie auch juristischen Personen ist der finanzielle Spielraum zum Erliegen gekommen. Es gilt, äusserst achtsam mit dem Geld umzugehen und die Wirtschaftlichkeit von Investitionen und Betriebskosten laufend zu beurteilen. Dabei hilft, dass die FDP-Gemeinderäte viel Erfahrung aus der Privatwirtschaft einbringen können.

Mit der Ansiedlung des Lidl-Regionalzentrums sowie weiteren Gewerbebetrieben stehen Veränderungen an, die aktiv begleitet werden müssen. Zudem steht die Gemeinde nach sehr vielen Jahren Arbeit kurz vor dem Abschluss der Ortsplanungsrevision. Der Gemeindepräsident ist ausserdem gefordert, die gewachsenen Strukturen auf der Gemeindeverwaltung zu modernisieren und so die Effizienz zu steigern.

**Adriana Marti-Gubler,**  
Parteisekretärin



# «Auf dem Skilift kann man nicht arbeiten»

Nationalrat Simon Michel im Interview

**Simon Michel, du wirst im Oktober 2027 zur Wiederwahl antreten. Was motiviert dich, in Bern zu politisieren?**

Ich mache mir Sorgen um die Zukunft unseres Landes. Vielen Bürgerinnen und Bürgern scheint nicht bewusst zu sein, dass unser Wohlstand nicht selbstverständlich ist. Links will immer mehr umverteilen. Und die SVP will unser Land abschotten, die Grenzen schliessen und die guten Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner erschweren. Dem müssen wir entgegentreten. Deshalb bin ich in Bern.

**Du hast an unserer Delegiertenversammlung in Stüsslingen bekannt gegeben, dass du nicht als Ständerat kandidieren möchtest. Warum brauchst es dich im National- und nicht im Ständerat?**

Mir liegt sehr viel am Kanton Solothurn. Er ist unser Zuhause. Ich vertrete in Bern aber in erster Linie nationale und internationale Themen. Das entspricht meinem Naturell und meinen Erfahrungen als CEO eines global tätigen Medizintechnikkonzerns. Es ist aber auch unser Unternehmen Ypsomed, das mich braucht. Ein Ständeratsmandat ist mit drei bis vier Kommissionssitzen de facto ein Vollzeitjob, während man im Nationalrat in ein bis zwei Kommissionen Einsitz nimmt. Zudem verfügt unsere Partei über exzellente Ständeratskandidatinnen und -kandidaten. Ich freue mich, mit ihnen in den Wahlkampf zu steigen.

**Man bringt deine politische Arbeit vor allem mit dem EU-Dossier in Verbindung. In welchen anderen Bereichen konntest du bislang Pflöcke einschlagen?**

In Bern haben viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier bloss einen oder zwei Hüte auf. Wer überall mitreden will, erreicht nicht viel. Parlamentarische Arbeit ist Knochenarbeit. Man muss die Details verstehen, damit man die entsprechenden Gesetze beeinflussen kann. Neben der Aussenpolitik – und das ist nicht bloss das EU-Dossier – vertiefe ich mich im Bereich der Nachhaltigkeit in Unternehmen. Auch wenn diese Themen aktuell weniger attraktiv sind, so müssen wir aufpassen, dass wir nicht mit zu vielen neuen Regeln und Verboten überschüttet werden.

**Wie gehst du damit um, dass die EU-Verträge innerhalb der FDP sehr kontrovers und emotional diskutiert werden?**

Die FDP-Basis steht mit drei Vierteln der Mitglieder hinter den Bilateralen III. Nur die GLP hat eine noch höhere Zustimmung. Einige von uns sind aber noch nicht zufrieden mit der Umsetzung der Verträge in den Schweizer Gesetzen. Daran werden wir in den kommenden gut zwölf Monaten im Parlament arbeiten. Wichtig ist, dass die Bevölkerung am Ende zu solchen Verträgen Stellung nehmen kann. Deshalb setze ich mich für ein Referendum ein, bin aber klar gegen das doppelte Mehr. Für mich steht die Bun-

## Wahlen 2027

Die Kantonalpartei richtet den Fokus bereits heute auf die nationalen Wahlen im Oktober 2027. Ein Ausschuss unter der Leitung von Nico Zila, Schulleiter und Gemeindeparlamentarier von Olten, wurde eingesetzt, um die Wahlen und alle damit verbundenen organisatorischen und strategischen Fragestellungen bestmöglich vorzubereiten.

desverfassung über allem, und diese schliesst das Ständemehr bei Staatsverträgen aus.

**Hat dein Tag eigentlich mehr als 24 Stunden – oder wie bringst du all deine beruflichen, politischen und familiären Verpflichtungen unter einen Hut?**

(Lacht) Es ist ein Spagat. Aber klar, es bleibt (sehr) wenig Zeit für Freizeitbeschäftigungen. Ich habe eine grossartige Familie. Wir ergänzen und unterstützen uns gut. Wir sind ein Team und schaffen es, «Quality Time» zu haben. Die Winterwochenenden in Wengen sind dafür gut geeignet. Auf dem Skilift kann man nicht arbeiten.

**Interview von Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin**



# Klares Ja zum KAPO-Stützpunkt

Unsere Parolen für die Abstimmung vom 8. März 2026

Die Delegierten zeigten bei der Parolenfassung in Stüsslingen klare Kante: Die FDP will den Weg frei machen für ein faires und modernes Steuersystem, die Unternehmen vor zusätzlichen Lohnnebenkosten schützen und der SRG nochmals eine Chance geben.

Für die Vorstellung der Individualbesteuerung reiste eigens die Aargauer FDP-Nationalrätin Maja Riniker an die Delegiertenversammlung der FDP Kanton Solothurn. Und sie fand unmissverständliche Worte: «Die Heiratsstrafe gehört abgeschafft. Die Individualbesteuerung schafft gleich lange Spiesse für alle.» Die Sympathieträgerin aus dem Aargau rannte offene Türen ein: Die Freisinnigen stellten sich fast einstimmig – es verblieben eine Gegenstimme und eine Enthaltung – hinter die Individualbesteuerung. Und auch Kantonalpräsidentin Sabrina Weisskopf betonte: «Das heutige Steuersystem wird unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht.»

### Sparen ja, halbieren nein

Weniger einig waren sich die Freisinnigen in der Frage, ob die SRG-Gebühren künftig halbiert und für die Unternehmen gänzlich abgeschafft werden sollen. Das Anliegen, die Unternehmen von der Zwangsabgabe zu befreien, stiess auf viel Sympathie. Letztlich lehnten die Freisinnigen die Halbierungs-Initiative jedoch mit 54 Nein- zu 25 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen ab.

«Das Bauprojekt in Oensingen ist mit 84,5 Mio. Franken zwar teuer, aber essenziell für die Polizeiarbeit.»

Die Befürchtungen überwogen, dass mit der Hälfte der Gebührengelder der Auftrag der SRG nicht mehr erfüllbar sei. Ernst Zingg sah den Zusammenhalt der viersprachigen Schweiz in Gefahr. Und Martin Flury hielt fest: «Die Geschehnisse seit Beginn dieses Jahres zeigen, dass wir eine verlässliche Berichterstattung brauchen.»

### Keine höheren Familienzulagen

Bei den kantonalen Vorlagen wurde die Anhebung der Familienzulagen wuchtig verworfen. Die Freisinnigen verwehren sich einer zusätzlichen Belastung der KMU im Kanton Solothurn und sie verwehren sich dieser Umverteilungssymbolpolitik. Für die Familien, die auf echte Unterstützung angewiesen sind, gibt es diese in Form der Familienergänzungsleistungen. Diese Hilfe erfolgt dort, wo sie gebraucht wird.

### Ja zu den drei anderen kantonalen Vorlagen

Für die Freisinnigen ist unbestritten, dass es den Neubau des KAPO-Stützpunktes braucht. Das Bauprojekt in Oensingen ist mit 84,5 Mio. Franken zwar teuer, aber zweckmässig und essenziell für die Polizeiarbeit, so der freisinnige Tenor. Nicht zuletzt werden dadurch Einsatzzeiten verkürzt, das dient unserer Sicherheit. Mehrheitlich Ja sagten die Freisinnigen auch zu den beiden Änderungen des Sozialgesetzes, die Kosten aus kommunalen Leistungsfeldern richtigerweise vom Kanton an die Gemeinden verschieben. Es geht dabei um rund 10 Franken pro Einwohner. Diese beiden Vorlagen stammen aus dem Massnahmenpaket der Regierung, mit dem Kantonsfinanzen stabilisiert werden sollen.

**Adriana Marti-Gubler,**  
Parteisekretärin

Für viele junge Menschen ist die Lehre der erste Schritt in die Eigenverantwortung. Symbolbild



# Schützen wir die duale Berufsbildung

Ein jungfreisinniges Plädoyer für die Berufslehre

Die duale Berufsbildung ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist das Ergebnis von Vertrauen: in junge Menschen, in Betriebe und in die Überzeugung, dass Lernen und Arbeiten kein Gegensatz sein müssen.

Während viele Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit oder praxisfernen Ausbildungssystemen kämpfen, blickt man mit grossem Interesse – teils mit Neid – auf die Schweiz. Zahlreiche Staaten versuchen, Elemente der dualen Berufsbildung zu übernehmen. Denn das Modell zeigt Wirkung: Innert weniger Jahre gelangen gut ausgebildete Fachkräfte direkt in den Arbeitsmarkt.

Die duale Berufsbildung verbindet schulisches Wissen mit praktischer Erfahrung. Sie schafft nicht nur Abschlüsse, sondern Kompetenzen – und eröffnet Karrieren und neue Möglichkeiten. Für viele junge Menschen ist die Lehre der erste Schritt in die Eigenverantwortung. Sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, Teil eines Betriebs zu sein und ihren Beitrag zu leisten.

## Wirtschaftliches Erfolgsmodell

Ein weiterer grosser Vorteil zeigt sich nach der Lehre: Wer will, kann sich berufsbegleitend weiterbilden oder ein Teilzeitstudium absolvieren – oft bei einem hohen Arbeitspensum. So bleibt der Anschluss an die Praxis erhalten, Lohneinbussen fallen moderat

«Die duale Berufsbildung schafft nicht nur Abschlüsse, sondern Kompetenzen.»

aus und das erworbene Wissen fliesst direkt in den Berufsalltag ein. Die duale Berufsbildung fördert damit lebenslanges Lernen als gelebte Realität.

Auch die Wirtschaft profitiert. Unternehmen investieren in die Ausbildung der nächsten Generation, schaffen Arbeitsplätze und sichern Wertschöpfung vor Ort. Die Berufsbildung ist damit ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. Gerade deshalb ist es wichtig, diese Betriebe vor ideologischen Angriffen zu schützen. Mit der klaren Ablehnung der Enteignungsinitiative der JUSO wurde ein deutliches Zeichen

gesetzt: für Eigentumssicherheit, für Investitionen und für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und Fachkräfte ausbilden.

## Das Gewerbe stärken

Wer die duale Berufsbildung langfristig sichern will, muss das Gewerbe konsequent stärken und vor politischen Angriffen schützen. Gerade von linker Seite wird das Gewerbe zunehmend unter Generalverdacht gestellt: ob durch neue Regulierungen, höhere Abgaben oder ideologisch motivierte Eingriffe in die unternehmerische Freiheit. Diese Angriffe treffen jene Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen und den Nachwuchs ausbilden. Als FDP und Jungfreisinnige müssen wir genau diese Lücke ausfüllen und für diesen Weg stehen.

Ein Hoch auf die Fortführung der dualen Berufsbildung – aus Überzeugung und Verantwortung für die nächste Generation. Danke an alle Verantwortlichen, ob in der Berufs- oder Praxisausbildung, in den Berufsfachschulen oder in der Unternehmensleitung – für das Vertrauen in die nächste Generation und ihr Engagement, mit dem sie Wissen weitergeben und Fachkräfte von morgen ausbilden.

**Roman Schöll,**  
Vizepräsident der Jungfreisinnigen  
Kanton Solothurn

Einsatz der FDP Frauen für die Individualbesteuerung (von links): Sabrina Weisskopf, Maja Riniker und Andrea Stöckli.



# Mit neuer Energie gemeinsam vorwärts

## Die Pläne der FDP Frauen

Die FDP Frauen Kanton Solothurn befinden sich in einer Phase der Erneuerung. Mit frischem Schwung möchten wir Frauen im Kanton vernetzen, politische Themen gemeinsam weiterdenken und ein Umfeld schaffen, das zum Mitmachen einlädt – unabhängig davon, ob jemand bereits politisch aktiv ist oder erst erste Schritte machen möchte.

Der aktuelle Erneuerungsprozess zeigt, wie viel Potenzial in einer offenen, konstruktiven Zusammenarbeit liegt. Die FDP Frauen Kanton Solothurn verstehen sich als Plattform, die Beteiligung ermöglicht und politische Arbeit strukturiert unterstützt. Neue Mitglieder, neue Ideen und neue Impulse sind ausdrücklich willkommen.

### 1. Ein aktives und gut organisiertes Netzwerk

Wir verbinden Frauen aus unterschiedlichen Gemeinden, Branchen und Lebenssituationen. Durch regelmässige Veranstaltungen und themenspezifische Formate fördern wir Austausch und Orientierung im politischen Alltag. Gleichzeitig möchten wir unsere Sichtbarkeit innerhalb der FDP und in der Öffentlichkeit weiter stärken.

### 2. Frauen gezielt unterstützen

Viele Frauen interessieren sich für Politik, wissen jedoch nicht, wo sie beginnen sollen. Deshalb identi-

fizieren und begleiten wir potenzielle Kandidatinnen frühzeitig und unterstützen sie beim Einstieg.

Mit Blick auf die kantonalen Wahlen 2027 suchen wir aktiv Frauen, die sich ein politisches Engagement vorstellen können. Wir bieten Mentoring, Austauschformate und konkrete Unterstützung im Wahlprozess. Dabei können wir auf die grossartige Erfahrung unserer bestehenden FDP Frauen zählen!

### 3. Liberale Frauenanliegen positionieren

Wir arbeiten daran, Frauenperspektiven in der politischen Diskussion sichtbar zu machen. Dazu analysieren wir relevante Themen und entwickeln sachlich fundierte, liberale Lösungsansätze. Unser Anspruch: eine praxistaugliche Politik, die Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen stärkt.

**Andrea Stöckli,**  
Präsidentin FDP Frauen Kanton Solothurn

## Sie sind herzlich eingeladen

Unsere Angebote richten sich an alle politisch interessierten Frauen – unkompliziert und offen. Über unsere Whatsapp-Community teilen wir Einladungen, Informationen und Hinweise zu Veranstaltungen, wie zum Beispiel zu unseren monatlichen Mittagessen. Mit diesem QR-Code geht's zur Community:



Interessiert? Möglichkeiten zum Mitmachen:

- **Gast** an der nächsten Vorstandssitzung vom 23. März 2026 in Solothurn.
- **Ideen- und Inputgeberin:** Themen einbringen, Diskussionen anregen, mitdenken.
- **Host** einer Veranstaltung: Wir organisieren ein Treffen bei Ihnen.

# Umbau der Gesellschaft

## Kolumne

Wer im Wirtshaus ein Bier trinkt (möglicherweise eines zu viel?), soll inskünftig ermahnt werden, dass er dann nicht gleich seine Frau verprügelt, wenn er nach Hause kommt. Das fordern linke Feministinnen in den Gemeindeparlamenten von Solothurn und Olten. Sexismus sei, so argumentieren sie, ein gesamtgesellschaftliches Problem, für deren Bekämpfung alle Verantwortung übernehmen müssten, weshalb auch Bars, Restaurants und Kulturveranstaltungen in die Sensibilisierung einzubeziehen seien. Physische und psychische Gewalt an Frauen sei omnipräsent und müsse auf allen Ebenen angegangen werden.

Es geht hier nicht darum, physische Gewalt an Frauen zu bagatellisieren oder sogar ins Lächerliche zu ziehen. Aber es kann auch nicht hingenommen werden, gleich die ganze Männerwelt als potenzielle Täter in Verdacht zu nehmen. Auch sind Zweifel am Nutzen einer solchen Kampagne angebracht. Die vom Kanton vor ein paar Jahren inszenierte Kampagne gegen das Littering hat jedenfalls ausser Geld für die Plakathersteller nichts gebracht.

Die Stadt Solothurn hat heute die höchste Kriminalitätsrate in der Schweiz, der Kanton gesamthaft die dritthöchste. Vor allem Einbrüche, Diebstähle, Überfälle sind an der Tagesordnung. Wer nach dem Abendschoppen das Wirtshaus verlässt, kann vor allem auch an den Bahnhöfen nicht mehr sicher sein, ob er zusammengeschlagen wird. Das ist das Problem, das ist die Realität. Und was tut die Linke dagegen? Überall dort, wo sie Verantwortung trägt, in den Gemeinden, Susanne Schaffner im Kanton, Beat Jans und Elisabeth Baume-Schnieder auf Bundesebene, passiert nichts.

Anstatt die eigentlichen Probleme anzugehen, unter anderem die Ausschaffung krimineller Ausländer voranzutreiben, sinniert man lieber über Strategien gegen Rassismus und Antisemitismus, um Betroffene besser zu schützen. Das sind auch die Themen, die zum Umbau der Gesellschaft gehören, der von den Linken kräftig vorangetrieben wird, nachdem sie sich von der Klassenkampfrhetorik verabschiedet haben.

Umbau der Gesellschaft beginnt mit dem Umbau der Sprache. Linke verbiegen die Grammatik, um die Welt zu verändern. Der Student wird zum Studierenden, der Lehrling zum Lernenden. «Der Kunde ist König» hat in der «geschlechtergerechten» Sprache nichts mehr zu melden. Eine halbintellektuelle Kaste



wolle uns vorschreiben, wie wir uns auszudrücken haben, erklärt der deutsche Sprachwissenschaftler Matthias Heine.

Umbau der Gesellschaft. Im links-grün regierten Zürich geht er so weit, dass Zürcher nur noch 300 Gramm Fleisch pro Woche essen sollten und ebenso gibt die Stadt Merkblätter für «nachhaltige Apéros» mit Gemüsestäben von IP-Suisse und alkoholfreien Getränken heraus. Umbau der Gesellschaft wird zum politischen Programm gemacht, angeblich soll das «Fortschritt» sein und zur Verbesserung des Klimas beitragen. Er führt jedoch zum Abbau von Freiheit, sukzessive in eine neue Diktatur, dorthin, wo Lenin seinerzeit begonnen hat.

Vor allem in den urbanen Zentren kann die Linke nach wie vor für sich Erfolge buchen. Wählerinnen und Wähler sollte man deshalb ernsthaft fragen: Wollt ihr das wirklich? Ist das eure Zukunft?

**Urs Marti, Langendorf**

## Rückblick

### Ausrufezeichen gesetzt in Budgetdebatte

Die Dezembersession stand ganz im Zeichen der Budgetdebatte. Trotz langer und intensiver Auseinandersetzungen im Kantonsrat blieb es letztlich bei einem Defizit von rund 95 Millionen Franken. Während die FDP gemeinsam mit SVP und GLP versucht hat, das Defizit zu reduzieren, hat Die Mitte konsequent mit den Linken gestimmt. So blieben die Sparbemühungen letztlich auf der Strecke. Trotzdem

## Ausblick

**Donnerstag, 19. Februar**

17.00 Uhr: Online-Info Gesundheit/Soziales

**Donnerstag, 26. Februar**

19.00 Uhr: Parteivorstand

**Sonntag, 8. März**

Abstimmung

**Dienstag/Mittwoch, 17./18. März**

Kantonsratssession

**Montag, 23. März**

19.00 Uhr: Vorstandssitzung FDP Frauen SO

**Mittwoch, 25. März**

Kantonsratssession

**Donnerstag, 26. März**

19.00 Uhr: Orts- und Amteipräsidentenkonferenz

**Samstag, 28. März**

9.00 Uhr: Treffen der freisinnigen Gemeindepräsidenten

**Montag, 30. März**

19.00 Uhr: Supporter Club: Parlamentariergespräch

**Dienstag, 31. März**

19.00 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter: [www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/](http://www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/)

konnten die Freisinnigen ein Zeichen setzen – eines, das hoffentlich ein Umdenken auslöst. «Wir haben deutlich gemacht: Wenn Die Mitte nicht bereit ist, in den Kommissionen an realen Kompromissen mitzuarbeiten, ziehen wir unsere finanzpolitische Linie konsequent durch», so FDP-Kantonalpräsidentin Sabrina Weisskopf. «Die Tür zu einer bürgerlichen Zusammenarbeit bleibt offen – aber sie setzt Bereitschaft zu Verantwortung und Verlässlichkeit voraus.»

# Schluss mit Gewalt und Chaos

Jetzt Petition unterzeichnen

In den vergangenen Monaten haben gewaltbereite Chaoten wiederholt Strassen verwüstet, unbewilligte Demonstrationen organisiert und friedliche Kundgebungen unterwandert. Zumeist verumm, griffen sie Einsatzkräfte an und verursachten hohe Sachschäden – zulasten der Steuerzahlenden. Mit der Petition «Schluss mit Gewalt & Chaos» fordern wir, dass die Politik endlich handelt. Krawallmacher sollen für 48 Stunden festgenommen werden dürfen. Denn: Unsere Städte gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht extremistischen Gruppierungen.

Mit der bereits von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern unterstützten Petition fordern wir, dass das Parlament drei Massnahmen sofort umsetzt:

## 1. Wer randaliert, sitzt.

Gewalt muss spürbare Folgen haben. Wir fordern, dass die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme von 24 auf 48 Stunden verdoppelt wird. So erhalten die Behörden mehr Zeit für die Beweissicherung. Zudem sollen Randalierende, die am Wochenende aktiv waren, am Montag erklären müssen, warum sie nicht zur Arbeit erscheinen – und nicht länger unbehelligt bleiben.

## 2. Konsequente Überwachung gewaltbereiter Extremisten.

Es ist nicht akzeptabel, dass den Behörden bereits bekannte Gewalttäter ungestört mobilisieren können, bis es zu Ausschreitungen kommt.

Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden müssen frühzeitig handeln, statt im Nachgang die Schäden zu zählen.

## 3. Nulltoleranz bei Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten.

Wer Einsatzkräfte bedroht oder angreift, greift den Rechtsstaat und die Sicherheit aller an. Solche Taten müssen verfolgt werden – konsequent, automatisch und mit der vollen Härte des Gesetzes.

Ein Staat, der wegschaut, verspielt seine Autorität und gefährdet die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung. Unterschreiben Sie jetzt die Petition und teilen Sie diese mit Ihrem Netzwerk!



**FDP**  
Die Liberalen

<https://kampagne.fdp.ch/kampagne/schluss-mit-gewalt-chaos/>



**FÜR LINKE  
IST SICHERHEIT  
RECHTS**

***FÜR UNS  
IST SICHERHEIT  
EIN RECHT***

**FDP**  
Die Liberalen

## Schweiz schützen!

### 12 Forderungen der FDP zur inneren Sicherheit

In Genf überraschen vier maskierte Männer einen Mann in seinem Bett. In Chur, Bern, Lausanne oder Zürich wachsen Drogenszenen. Vergewaltigungen, Ehrenmorde und andere Gewaltdelikte erreichen Höchststände. Die Bedrohungen im Land nehmen zu – spürbar, sichtbar, jeden Tag. Unser Staat hat sich verzettelt. Er vernachlässigt seine Kernaufgabe: die Sicherheit der Bevölkerung.

Was sind die Gründe dafür? Einer ist offensichtlich: Unser Justizsystem fokussiert heute zu sehr auf die Täter, ihre Rechte und ihre Perspektiven. Neben Resozialisierung muss der Schutz der Bevölkerung wieder ins Zentrum rücken.

Ein zweiter Grund: Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität und Gewalt bei. Während die Linke dies tabuisiert und die Polizei entwaffnen möchte, will die SVP unsere Polizei blind machen und abgewiesene Asylsuchende aus ganz Europa anlocken. Genau das wäre die Folge der SVP-Chaos-Initiative («Nachhaltigkeits-Initiative»). Bei einer Annahme würden die Verträge von Schengen und Dublin gekündigt und unser Land würde den Zu-

gang zu europäischen Fahndungssystemen verlieren. Für die FDP ist klar: Die Menschen dürfen vom Staat erwarten, dass er sie vor Gewalt schützt.

- › Ja, das kostet Geld. Ja, das können wir uns leisten. Nein, dafür braucht es keine neuen Steuern, sondern eine Neuordnung der politischen Prioritäten.
- › Ja, Täter sind auch Menschen. Ja, die Resozialisierung ist ein wichtiges Ziel. Nein, das darf nicht dazu führen, dass der Schutz der Bevölkerung vernachlässigt wird.
- › Ja, Kriminalität kommt heute zu einem wesentlichen Teil aus dem Ausland. Schlepper, Banden und Mafia sind international vernetzt. Nein, diese Fakten verschwinden nicht, wenn man die Augen vor ihnen verschliesst. Und ebenso wenig, wenn man unsere Polizei isoliert und die Schweiz zum Asylmekka von ganz Europa macht.

Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustür offen liess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für

grosse Teile der Bevölkerung zerbrochen. Bauen wir es wieder auf!

### 1 Wer schlägt, sitzt

Gewaltstraftaten und Sexualdelikte nehmen zu. Laut Kriminalstatistik sind Delikte wie schwere Körperverletzungen und Vergewaltigungen im Jahr 2024 um fast 20 Prozent angestiegen. Dabei sorgen nicht nur die Taten, sondern auch die Urteile für Aufsehen. Wenn Täter mit einer bedingten Strafe davonkommen, so wird das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzt. Das Problem sind nicht nur die Gesetze, sondern auch Richter, die ihren Spielraum nicht nutzen und zu leichtfertig bedingte Strafen verhängen. Laut Angaben des Bundesamts für Justiz wird heute jede vierte Vergewaltigung lediglich mit einer bedingten Strafe bestraft, jede dritte mit einer teilbedingten.

Das muss sich ändern. Die FDP verlangt, dass Täter ihre Strafe bei Gewaltdelikten antreten müssen: Wer schlägt, sitzt. Dasselbe gilt für Sexualdelikte. Dabei soll das Gericht auch künftig die Tat und ihre Umstände würdigen. Wir fordern jedoch eine Prognoseumkehr: Die Verhängung einer bedingten Strafe muss in Zukunft vom Richter begründet und explizit gerechtfertigt werden, statt wie bisher die Regel bei Ersttätern zu sein. Grundsätzlich ist diese Gesetzesverschärfung nicht nur für Gewalt- und Sexualdelikte, sondern für alle Delikte sinnvoll.

Je öfter Strafen unbedingt verhängt werden, desto weniger Platz bleibt für bedingte Geldstrafen. Diese schrecken nicht ab und verhindern keinen Rückfall. Vielmehr werden diese Sanktionen häufig wie ein Freispruch empfunden. So muss eine Parkbusse bezahlt werden, eine bedingte Geldstrafe aber meist nicht. Dies ist ein Hohn für jeden Gerechtigkeitssinn – nicht zuletzt für den der Opfer. Sanktionen müssen für Täter spürbar, für Opfer nachvollziehbar und für die Gesellschaft glaubwürdig sein.

### 2 Polizei stärken

Die Polizei wird in der Schweiz immer häufiger an den Pranger gestellt. Linke Stadtregierungen und Aktivisten stellen legitime Einsatzmethoden infrage, fordern die Entwaffnung von Polizisten oder beschränken deren taktische Mittel bis zur Handlungsunfähigkeit. Parallel dazu werden Kravalle bei Demonstrationen – zuletzt sichtbar bei Ausschreitungen in Bern – viel zu oft geduldet. Die Folge? Unsere Polizei kann ihrer zentralen Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, heute nur noch eingeschränkt nachkommen.

Die FDP fordert: Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wieder zu gewährleisten, muss die Politik damit aufhören, die Polizei zu schikanieren<sup>1</sup>. Der Polizeiberuf muss wieder attraktiv werden. Vor allem aber benötigen Polizei und Staatsanwaltschaft deutlich mehr Personal, um die wachsende Kriminalität konsequent und zeitnah verfolgen zu können<sup>2</sup>. Die FDP fordert, dass dieser dringend nötige Aufwuchs auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene primär verwaltungsintern kompensiert wird.

Hinzu kommt, dass die Polizeikräfte zu wenig zusammenarbeiten. So ist eine Kantonspolizei heute gezwungen, bei allen anderen Kantonen einzeln anzufragen, da eine gemeinsame Abfrageplattform fehlt. Die Schweiz benötigt endlich eine interkantonale Polizeidatenbank, damit Informationen schnell und vollständig verfügbar sind<sup>3</sup>.

Generell benötigen die Polizei und die Ermittlungsbehörden zusätzliche taktische Möglichkeiten. So werden heute bei gewalttätigen Ausschreitungen im Rahmen von unbewilligten Demonstrationen jene Personen, die sich daran beteiligt haben, nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuss gesetzt. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre Taten zu vertuschen oder sich abzusprechen. Die FDP fordert, die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme bei allen Delikten auf 48 Stunden zu verdoppeln<sup>4</sup> – unter Einhaltung der Verfahrensgarantien. So erhalten die Behörden mehr Zeit für die Beweissicherung. Weiter müssen Polizisten auf Bodycams zurückgreifen können. Die Aufnahmen schrecken Gewalttäter ab und schützen die Beamten vor tätlichen Übergriffen und falschen Anschuldigungen. Zudem sollen künftig von Amtes wegen alle aggressiven Handlungen (z. B. Drohungen, Gewalt, Tötlichkeiten) gegen ein Mitglied einer Behörde oder einen Beamten oder eine Beamtin im Zusammenhang mit der Ausübung seiner oder ihrer amtlichen Pflichten verfolgt werden<sup>5</sup>.

### 3 Neuen Platzspitz verhindern

Das Drogenelend, das Zürich am Platzspitz vor 30 Jahren überwunden hat, ist in mehreren Schweizer Städten zurückgekehrt. Während damals Heroin zu menschlichem Leid führte und ganze Quartiere in Unsicherheit stürzte, breiten sich heute Crack und Fentanyl rasant aus. Der Konsum hat sich in gewissen Landesteilen seit 2020 verdreifacht. In Genf hat er sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Im Stadtzentrum von Lausanne sind offene Szenen entstanden.

Die Bevölkerung der betroffenen Städte erleidet mehr Diebstähle, mehr Einbrüche, mehr Aggression. Im Unterschied zu Heroin sind bei Crack die Konsumzyklen viel kürzer. Süchtige jagen einem Rausch nach, der nur wenige Minuten dauert und oft von schweren psychotischen Zuständen abgelöst wird. Die Folge sind mehr Beschaffungsvorgänge, mehr Kriminalität und mehr Gewalt gegenüber Unbeteiligten.

Was tun? Die Schweiz hat in den 90er Jahren bewiesen, dass sie eine offene Drogenszene in den Griff bekommen kann. Nun muss ihr das erneut gelingen. In der Pflicht stehen insbesondere die linken Regierungen der betroffenen Städte, die Dealer heute vielerorts tolerieren. Am Bahnhof von Vevey kann

heute jeder Jugendliche Crack kaufen, ohne dass die Polizei intervenieren darf. Dabei gilt es, das Viersäulenmodell aus Prävention, Behandlung, Schadensminderung und Repression zu aktualisieren. Bei harten, gesellschaftlich hochproblematischen Drogen wie Fentanyl oder Crack muss der Aspekt der Repression stärker gewichtet werden, insbesondere hinsichtlich Beschaffungskriminalität und Handel. Die FDP fordert daher Nulltoleranz für den Handel mit harten Drogen. Zudem fordert die FDP gezielte gesetzliche Grundlagen für den Umgang mit suchtkranken Intensivtätern, bei denen die heutigen Haftvoraussetzungen systematisch nicht greifen. Dabei soll es möglich sein, einen kurzfristigen, richterlich überprüften Freiheitsentzug anzuordnen, um eine verbindliche Abklärung und die Einleitung einer geeigneten Suchtbehandlung sicherzustellen.

### 4 Transparenz schaffen!

Was linke Parteien gerne verschweigen, stellt jeder Strafverfolger täglich fest: Unter Gewalt- und Sexualstraf Tätern sind Ausländer aus bestimmten Herkunftsländern stark überrepräsentiert<sup>6</sup>. Obwohl diese Korrelation in Statistiken zu Tatverdächtigen, Verurteilten und Strafgefangenen klar belegt ist, sind die relevanten Daten nicht oder nur mühsam zugänglich, sie werden unvollständig erhoben oder verschleiert. Dies erschwert eine ehrliche politische Debatte und hilft nur den Ideologen an den politischen Rändern. In einer funktionierenden Demokratie sind Fakten und belastbare Zahlen unverzichtbar, um Gefahren zu erkennen und fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Die FDP fordert daher, dass das Bundesamt für Statistik (BfS) die nachfolgend beschriebene Analyse vornimmt und der Bevölkerung zur Verfügung stellt – Zahlen, die heute mühselig zusammengesucht oder geschätzt werden müssen. Benötigt wird die Kriminalitätsquote von Ausländern und Schweizern in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil im Land. Anschliessend soll das BfS die Überrepräsentation einzelner Nationen berechnen und diese für verschiedene Delikte wie Raub, Körperverletzung oder Sexualstraftaten ausweisen.

Zur besseren Ursachenforschung müssen diese kriminalitätsbezogenen Daten um soziale Kennzahlen wie Alter, Sozialhilfequote und gegebenenfalls Religion ergänzt werden. Zudem fordern wir eine landesweite Statistik zu Gefängnisinsassen und der Überrepräsentation einzelner Nationen im Strafvollzug.

<sup>1</sup> Petition FDP-Liberale Fraktion: Blinde Fahndung? Nicht mit uns!

<sup>2</sup> Mo. SiK-N 25.3941 Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol: Nur so kann die nationale Sicherheit gewährleistet werden

<sup>3</sup> Mo. SiK-N 23.4311 Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches

<sup>4</sup> Mo. Wasserfallen 25.4581 Stopp dem Gewaltextremismus: Die vorläufige Festnahme ist auf 48 Stunden zu verlängern

<sup>5</sup> Pa. Iv. Cottier 25.492 Drohungen oder Gewalt gegen Beamte: Verfolgung von Amts wegen

<sup>6</sup> Urbaniok Frank (2025). Schattenseiten der Migration: Zahlen, Fakten, Lösungen

## 5 Kriminelle abwehren

Die Schweiz ist stolz auf ihre humanitäre Tradition. Die FDP wird diese immer verteidigen. Gerade deshalb ist es inakzeptabel, dass Kriminelle unter dem Deckmantel des Asylrechts unsere Hilfsbereitschaft missbrauchen. So etwa, wenn junge Männer in die Schweiz einreisen, die Asylunterkunft als Basis nutzen und von dort aus eigentliche Raubtouren unternehmen. Die meisten dieser Täter stammen aus den Maghreb-Staaten<sup>7</sup>. Laut Kriminalstatistik verursachen sie den Grossteil der Einbrüche<sup>8</sup> in der Schweiz; in einzelnen Kantonen gehen über 80 Prozent der Diebstähle auf ihr Konto. Teilweise agieren diese Täter äusserst brutal und schrecken bei Einbrüchen nicht mal vor Bedrohungen der Bewohnerinnen und Bewohner zurück. Zurück bleiben finanzielle Schäden, traumatisierte Opfer und ein Gefühl der Unsicherheit.

Um die Bevölkerung der Schweiz zu schützen, dürften solche Kriminelle gar nicht mehr ins reguläre Asylsystem gelangen. Die FDP fordert deshalb eine vorgelagerte Schnellprüfung. Migranten aus Ländern, von denen nicht einmal 5 von 100 Antragssteller Asyl erhalten, sollten den Asylbescheid in einem abgekürzten Verfahren erhalten und – so dieser tatsächlich negativ ausfällt – schnellstmöglich zurückgeschafft werden<sup>9</sup>. Dasselbe gilt für Asylbewerber im regulären System, die straffällig werden<sup>10</sup>. Bis zur Ausschaffung sollten diese in Administrativhaft<sup>11</sup> genommen werden. Wichtig sind in der Praxis bilaterale Rücknahmeabkommen<sup>12,13</sup> und verbindliche Drittstaatenlösungen für heute nicht rückführbare Fälle<sup>14</sup>. Um Rückführungen zu ermöglichen, fordert die FDP, dass Staaten, die ihre Bürgerinnen und Bürger nicht zurücknehmen, auch keine finanzielle Unterstützung durch die Schweiz erhalten. Geprüft werden können weitere gezielte Sanktionen wie bspw. Einschränkungen bei der Visavergabe.

Um Kriminelle abzuwehren und einen Kollaps des Asylsystems zu verhindern, sind die Verträge von Schengen/Dublin von grösster Bedeutung. Dank dem Dublin-Vertrag kann die Schweiz deutlich mehr Menschen mit negativem Asylentscheid in den zu-

ständigen Staat überstellen, als sie aus den Partnerstaaten übernehmen muss. Ohne Dublin-Vertrag könnten hunderttausende Abgewiesene aus ganz Europa hierzulande ein zweites Asylgesuch stellen.

## 6 Organisiertes Verbrechen bekämpfen

Glücklicherweise erlebt die hiesige Bevölkerung – noch – keine offen getragenen Bandenkriege. Doch die organisierte Kriminalität hat sich in der Schweiz bereits eingenistet. Die Mafia nutzt das Baugewerbe, Restaurants, Reisebüros oder Barbershops, um Geld zu waschen. Laut dem Bundesamt für Polizei (fedpol) hat sich die Zahl der Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei innerhalb von zwei Jahren verdoppelt.

Die Mafia ist nicht nur in Geschäften und auf Hinterhöfen aktiv. Ihre Machenschaften finden oft auch im digitalen Raum statt und werden über verschlüsselte Nachrichten koordiniert. Dabei hilft ihr ein falsch verstandener Schweizer Datenschutz. Die Privatsphäre ist ein hohes Gut, doch Datenschutz darf nicht zum Verbrecherschutz werden. So entschied jüngst das Zürcher Obergericht, dass Sicherheitsbehörden geknackte Nachrichten von Verbrechern nicht verwenden dürfen. Das Gericht untersagte die Verwendung der Daten des Messengers Sky ECC, der in ganz Europa von Verbrechern genutzt wurde. Dadurch konnte die Schweiz 3000 Verdächtige nicht verfolgen und bremste die grenzüberschreitende Fahndung aus. Wird die Schweiz durch solche Blockaden zur fahndungstechnischen Insel, so fällt es Kriminellen viel zu leicht, ihre Spuren zu verwischen. Deshalb muss schnell eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die Sky-ECC-Daten verwendet werden können und die Sicherheitsbehörden griffige Instrumente im digitalen Raum erhalten.

Der digitale Raum wird nicht nur von der Mafia genutzt. Von einem Video in den sozialen Medien bis zum Griff zum Messer vergehen manchmal nur Tage. Die Radikalisierung junger Menschen stellt eine grosse Gefahr für die Schweiz dar<sup>15</sup>. Hier braucht es mehr Fachleute beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sowie eine engere operative Verzahnung mit der Bundes- und den Kantonspolizeien<sup>16</sup>. Dem NDB und dem fedpol stehen heute zu starre Vorschriften im Weg, um eine zielgerichtete Überwachung durchzuführen. Nur mit zeitgemässen polizeilichen Mitteln können Anschläge und Attacken verhindert werden, bevor sie passieren – zum Schutz von uns allen<sup>17</sup>.

Dramatisch für die Sicherheitsbehörden wäre, wenn die Verträge von Schengen/Dublin wegfallen würden. Sie bieten heute mit dem Schengen-Informationssystem (SIS) eine entscheidende Plattform, die die Grenzschutz, die Polizei und den Nachrichtendienst des Bundes mit kritischen Informationen versorgt. Rund 350 000-mal befragt die Schweiz heute das SIS – jeden Tag. Die Behörden finden darin unverzichtbare Warnungen zur grenzüberschreitenden Kriminalität, zu islamistischen Gefährdern und zum Schlepperwesen.

## 7 Gefängnisplätze zur Verfügung stellen

Die Gefängnisse in der Schweiz platzen aus allen Nähten. 2025 lag die Belegungsrate insgesamt bei 94,5 Prozent, manche Anstalten waren zu mehr als 100 Prozent belegt. Dieser Platzmangel hat abstruse Folgen. Vollerorts können sich verurteilte Täter weigern, eine Geldstrafe zu bezahlen. Zwar würde die Geldstrafe dann eigentlich in eine Haftstrafe umgewandelt. Doch weil die Gefängnisplätze fehlen, muss die Ersatzhaft gar nie angetreten werden und die Strafe verjährt. Ein Missstand, der jedem Gerechtigkeitsempfinden spottet.

Die Lösung liegt auf der Hand: In der Schweiz müssen immer genügend Gefängnisplätze zur Verfügung stehen, damit der Strafvollzug wieder funktioniert. In der Not können Container aufgestellt werden. Um rasch die notwendigen Kapazitäten zu schaffen, gehören die Belegungsvorschriften angepasst. Wenn die Linke den Bau neuer Gefängnisse blockiert, muss sie sich nicht darüber beschweren, dass es in den Zellen enger wird.

Obwohl nur spärlich verfügbar (siehe Punkt 4), legen Erhebungen zudem nahe, dass die Gefängnisplätze zum grössten Teil von ausländischen Straftätern belegt werden. Laut Schätzungen haben rund 70 Prozent der Insassen einen ausländischen Pass. Die FDP fordert den Bundesrat auf, Vorschläge zu erarbeiten, wie der Strafvollzug für kriminelle Staatsangehörige der problematischsten Länder (insbesondere Algerien, Marokko und Tunesien) in ihren Heimatländern vollzogen werden kann. Dass dies möglich ist, zeigt schon heute der Überstellungsvertrag zwischen der Schweiz und dem Kosovo. Kosovaren, die in der Schweiz verurteilt wurden, können unter gewissen Voraussetzungen gezwungen werden, ihre Freiheitsstrafe im Kosovo zu verbüssen.

<sup>7</sup> Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS); Jahresbericht 2024

<sup>8</sup> Polizeiliche Kriminalstatistik Kanton Bern 2024

<sup>9</sup> Mo. FDP-Liberale Fraktion 23.3533 Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen

<sup>10</sup> Mo. Gössi 25.3292 Straffällige Personen aus dem Asyl- und Ausländerbereich möglichst rasch aus der Schweiz ausschaffen

<sup>11</sup> Po. Müller 23.3837 Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren

<sup>12</sup> Mo. Müller 24.3373 Migrationsabkommen mit Marokko anstreben

<sup>13</sup> Mo. Müller 23.3032 Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex

<sup>14</sup> Mo. Gössi 23.4440 Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat

<sup>15</sup> Lagebericht NDB «Sicherheit Schweiz 2024»

<sup>16</sup> Mo. de Quattro 24.3495 Schaffung einer auf die Terrorismusbekämpfung spezialisierten Strafverfolgungsbehörde des Bundes

<sup>17</sup> Mo. de Quattro 25.4559 Stopp dem Gewaltextremismus: Es braucht eine bessere nachrichtendienstliche Kontrolle von gewalttätigen und extremistischen Personen

### 8 Opfer schützen

Die heutigen Abläufe und Verfahren in Ermittlung und Strafverfolgung werden den Bedürfnissen der Opfer zu wenig gerecht – von der Anzeige bis zur Verurteilung. Opfer erleben Strafverfahren vielfach als belastend und wenig opfergerecht. Sie müssen immer noch damit rechnen, mit unangemessenen Fragen konfrontiert zu werden («Wie lange war der Rock, den Sie trugen?»). Wenn es im Verlauf des Verfahrens zu einer persönlichen Konfrontation zwischen dem Opfer und dem Täter kommt, muss das Opfer die traumatische Erfahrung ein zweites Mal durchleben. Ziel muss es sein, Befragungen professionell, respektvoll und rechtsstaatlich korrekt zu führen. Hinzu kommt, dass Strafverfahren oft lange dauern, wodurch das Risiko besteht, dass die Gewalt des Täters weiter eskaliert.

Diese Umstände schrecken viele Betroffene oftmals davor ab, eine Anzeige zu erstatten. Zusätzlich erschweren bürokratische Hürden, wie etwa für Laien kaum verständliche Formulare und Abläufe, den Zugang zur Justiz. Die FDP fordert deshalb eine Stärkung der Opferrechte. Besonders gefährdet sind Opfer von häuslicher Gewalt. Es ist inakzeptabel, dass sie gezwungen sind, ihre Wohnung zu verlas-

sen, um sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Dadurch werden sie gleich doppelt zu Opfern: Sie erleiden Gewalt und verlieren ihr Zuhause. Die FDP fordert, dass der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muss und sie nicht mehr betreten darf<sup>18</sup>. Um den Schutz der Opfer nach solchen Vorfällen oder bei Freilassung der Täter zu garantieren, fordern wir Freisinnigen die landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM), wie es im Kanton Zürich bereits praktiziert wird. Es braucht aber nicht nur die Überwachung, sondern auch die unmittelbare Intervention. Die Polizei muss sofort eingreifen, wenn ein Täter den geschützten Bereich betritt, und das Opfer muss bei Annäherung des Täters alarmiert werden.

<sup>18</sup> Pa. Iv. de Quattro 21.410 Wer schlägt, geht!

### Das fordert die FDP:

- › Grundsätzlich keine bedingten Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- › Genügend Personal, zweckmässige Ausrüstung und solide Ausbildung für Polizei und Staatsanwaltschaft
- › Rasche Einführung einer interkantonalen Polizeidatenbank
- › Verdoppelung der Dauer vorläufiger Festnahmen auf 48 Stunden
- › Konsequente Repression bei harten Drogen wie Crack und Fentanyl
- › Erhebung von Zahlen zur Überrepräsentation von Nationalitäten bei Kriminellen
- › Sicherung des Fortbestands der Verträge von Schengen/Dublin
- › Bilaterale Rückübernahmeabkommen mit den Maghreb-Staaten
- › Genügend Gefängnisplätze dank angepassten Belegungsvorschriften
- › Konsequente Wegweisung der Täter aus der gemeinsamen Wohnung bei häuslicher Gewalt
- › Griffige Instrumente für die Verbrechensbekämpfung im digitalen Raum
- › Landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM)

«Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustüre offenliess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für grosse Teile der Bevölkerung zerbrochen. Bauen wir es wieder auf!»

# Schaffen wir gemeinsam die Heiratsstrafe ab!

## Die 7 wichtigsten Fragen und Antworten zur Individualbesteuerung

### 1. Welches sind die zwei Nachteile des heutigen Systems?

Unser derzeitiges Steuersystem hat zwei grosse Nachteile: die Heiratsstrafe und die Zweitverdienerstrafe.

Die **Heiratsstrafe** entsteht, weil die gemeinsame Besteuerung und die Steuerprogression zu einer teilweise höheren Steuerlast für Ehepaare führen als für Konkubinatspaare. Besonders betroffen sind dabei Paare mit einer ausgewogenen Aufgabenteilung und einem hohen Einkommen.

Die **Zweitverdienerstrafe** verhält sich ähnlich. Verheiratete Zweitverdienende zahlen aufgrund der gemeinsamen Besteuerung oft mehr Steuern als Unverheiratete. Je höher das Einkommen der hauptverdienenden Person ist, desto stärker wird das Einkommen der zweitverdienenden Person besteuert.

### 2. Wie wirkt sich die Rollenverteilung der Ehegatten auf das Steuersystem aus?

Mit der Einführung der Individualbesteuerung würden Einverdienerhepaare gegenüber Zweiverdienerhepaaren mit identischem Gesamteinkommen steuerlich benachteiligt werden.

Bereits 1984 hat das Bundesgericht festgehalten, dass das heutige Steuersystem sogar verfassungswidrig ist (BGE 110 Ia 7)!

*Die Individualbesteuerung ist tendenziell verfassungskonform und 2026 zeitgemäss.*

### 3. Soll die Ehe eine steuerlich privilegierte Institution werden?

Nein. Die Bevorzugung der Ehe wird damit begründet, dass die Ehegatten einander zu Unterhalt verpflichtet sind. Gleichzeitig bestehen aber auch ausserhalb der Ehe bei gemeinsamen Kindern oder nach einer Scheidung Unterhaltspflichten.

Im Falle des Splittings begünstigt das Modell nicht die Ehe als solche, sondern nur die traditionelle Einverdienerhe.

*Ein zivilstandsabhängiges Steuersystem erscheint demnach nur schwer begründbar.*

### 4. Schwächt die Individualbesteuerung die Institution Ehe?

Nein. Die Besteuerung würde zivilstandsunabhängig erfolgen, die Ehe würde weder privilegiert noch benachteiligt werden.

Zudem würde die Heiratsstrafe endlich abgeschafft werden. Die Individualbesteuerung stärkt also die Ehe als Institution und die damit verbundenen institutionellen Garantien wie beispielsweise der hälftige Vorsorgeausgleich.

*Die Individualbesteuerung lässt die Institution Ehe unberührt.*

### 5. Werden negative Erwerbsanreize wirklich beseitigt?

Ja. Der Bund rechnet mit zusätzlichen 10 000–47 000 Vollzeitstellen, während externe Studien teilweise von noch höheren Effekten ausgehen.

Allgemein gilt, dass ein Steuersystem, welches negative Erwerbsanreize setzt, dem Arbeitsmarkt massiv schadet und somit langfristig nicht zukunftsfähig ist.

*Die Individualbesteuerung beseitigt negative Erwerbsanreize vollständig.*

### 6. Wäre das Splitting denn nicht besser als die Individualbesteuerung?

Nein. Beim Splitting würden einfach Einverdienerhepaare bevorzugt werden und die Zweitverdiener-

strafe bliebe bestehen. Das Splitting, welches auf kantonaler Ebene verbreitet ist, wurde zudem vom Bundesrat bereits 2024 klar abgelehnt (Stellungnahme vom 26. Juni 2024 zur Mitte-Initiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare»).

*Das auf kantonaler Ebene verbreitete Splittingssystem ist also keine Lösung.*

### 7. Ist die Individualbesteuerung tatsächlich ein Bürokratiemonster?

Initial gibt es einen Zusatzaufwand. Jedoch wird der Aufwand bei Wechselfällen (Heirat, Trennung, Scheidung, Tod, Wiederheirat) oder Haftungsfällen bei Zahlungsunfähigkeit eines Ehegatten entfallen. Dies daher, da beide Ehegatten neu individuell besteuert werden. Zudem kann der Automatisierungsgrad aufgrund breiterer Datenbasis erhöht werden, was den bürokratischen Aufwand langfristig verringert.

*Die Individualbesteuerung führt auf lange Sicht trotz grösserem Initialaufwand zu Vereinfachungen.*

Quelle: Prof. Dr. iur. Andrea Opel, Universität Luzern



Fanny Dietschi,  
Redaktion «Schweizer Freisinn»

# 600 Millionen Franken weniger Steuern

Die Abschaffung der Heiratsstrafe wird endlich Steuergerechtigkeit schaffen

Am 8. März können wir endlich die ungerechte Heiratsstrafe abschaffen. Das ist für uns FDPlerinnen und FDPler eine einmalige Chance, denn die FDP setzt sich schon seit Jahren für die Individualbesteuerung ein.

Was mich besonders freut: Während der Staat den Leuten auf allen Ebenen immer mehr Mittel aus der Tasche zieht, geht es bei diesem Projekt endlich einmal in die andere Richtung. 600 Millionen Franken Steuergelder muss der Mittelstand weniger abliefern. Wann hat es das zuletzt gegeben? Es ist das Resultat eines sorgfältig austarierten Kompromisses, auf den sich das Parlament geeinigt hat – und wir stehen voll dahinter.

Die Reform eröffnet die Chance, auf kantonaler Ebene neue, bessere Lösungen zu diskutieren. Damit das Steuersystem endlich einfacher wird. Es handelt sich also nicht um eine abstrakte Umgestaltung, sondern um eine konkrete Erleichterung für die Menschen in unserem Land. Die FDP setzt sich seit Jahren für Vereinfachungen ein – und ebenso konsequent für die Individualbesteuerung.

## Heiratsstrafe abschaffen

Heute zahlen viele verheiratete Paare mehr Steuern als unverheiratete Paare mit vergleichbarer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Der Hauptgrund: Bei Verheirateten werden die Einkommen zusammengerechnet. Damit rutscht das Zweiteinkommen in eine höhere Progression, die Heiratsstrafe schlägt zu. Das ist unfair und verletzt das Gebot der Steuergerechtigkeit. Das Bundesgericht hat bereits am 13. April 1984 festgehalten, dass der Steuergesetzgeber Ehepaare nicht stärker belasten darf, nur weil sie verheiratet sind.

Und genau dies korrigieren wir mit dem Bundesgesetz über die Individualbesteuerung. Künftig füllt jede Person ihre eigene Steuererklärung aus und bezahlt Steuern auf das eigene Einkommen und Vermögen – unabhängig vom Zivilstand. Der Effekt: Rund 50 % zahlen dann weniger Steuern, bei 36 % ändert sich nichts, und nur wenige werden leicht mehr belastet.

## Steuerbehörden, macht eure Arbeit

Für die Steuerbehörden ist diese Umsetzung ohne Schwierigkeiten machbar. Das bestätigt etwa der Städteverband, der diese Anpassung befürwortet. Unverheiratete Paare, sogenannte Konkubinatspaare, werden schon heute so veranlagt; die Regeln sind erprobt und in allen Kantonen bekannt. Es gibt einen einmaligen Umstellungsaufwand, aber die zunehmende Digitalisierung und eine Übergangsfrist von sechs Jahren machen ihn überschaubar. Entscheidend ist nicht die Anzahl Dossiers, sondern deren Komplexität. Und genau diese Komplexität nimmt mit der Individualbesteuerung ab.

Denn das heutige System ist nicht nur ungerecht, sondern auch unpraktisch: Heirat (mehr als die Hälfte der Bevölkerung), Scheidung (40 % der Ehen), erneute Heirat oder Todesfall führen immer wieder zu Umstellungen. Bei der Individualbesteuerung fallen diese Brüche weg und die Besteuerung wird klarer. Darüber hinaus werden auch die Abzüge vereinfacht und transparenter.

## Positive Wirkung auf den Schweizer Arbeitsmarkt

Die Individualbesteuerung hat eine positive Wirkung auf unseren Arbeitsmarkt. Jede zusätzlich geleistete

Arbeitsstunde lohnt sich, weil das tiefere Zweiteinkommen – häufig jenes der Frau – nicht mehr durch die Steuerprogression «weggefressen» wird. Viele würden bei individueller Besteuerung ihre Arbeitspensen erhöhen. Eine vom Bundesrat in Auftrag gegebene Studie rechnet mit einem Beschäftigungseffekt von bis zu 44 000 Vollzeitstellen. Somit ist die Individualbesteuerung ein wirksames Mittel gegen den Fachkräftemangel, führt zu mehr Erwerbsarbeit, dämpft die Zuwanderung, stärkt damit die Altersvorsorge vieler Paare und reduziert die Altersarmut – gerade bei Frauen.

Darum sagen auch Sie am 8. März, am Internationalen Tag der Frau, aus Überzeugung Ja zur Einführung dieses Bundesgesetzes. Die nun vorliegende Vorlage des Bundesrats und des Parlaments behandelt Frauen und Männer gleich, schafft damit ENDLICH die Heiratsstrafe ab, führt zu mehr Steuergerechtigkeit und zu höherer Erwerbstätigkeit. Das Gesetz ist umsetzbar und vereinfacht unser Steuersystem massiv.



**Christian Wasserfallen,**  
Nationalrat Kanton Bern

Pressekonferenz des überparteilichen Komitees «NEIN zur Klimafonds-Initiative» am 20. Januar 2026. Bild: Adrian Michel



Die Klimafonds-Initiative von SP und Grünen ist ein typischer Vorschlag linker Parteien. Die Lösung ist einfach: Geld. Oder besser: Sehr viel Geld soll es richten. Ein Plan, wofür es benötigt wird oder wer es bezahlen soll, fehlt.

#### **NEIN zur finanziellen Belastung künftiger Generationen!**

Die Initianten wollen mit der ganz grossen Kelle anrichten: Bis zu 10 Milliarden Franken sollen pro Jahr zusätzlich für das Klima ausgegeben werden. Bis zum Jahr 2050 summiert sich das auf die astronomische Zahl von 200 Milliarden Franken. Diese Mittel sind weder im Bundesbudget vorhanden noch durch Einnahmen gedeckt. Die Linken wollen auf Pump leben und die Rechnung den jungen Generationen zuschieben. Wer ständig von Nachhaltigkeit spricht, aber Schulden in dieser Höhe macht, handelt verantwortungslos. Das ist das exakte Gegenteil von generationengerechter Politik.

#### **NEIN zu massiven Steuererhöhungen!**

Wer glaubt, ein solcher Mega-Fonds liesse sich ohne Folgen für das eigene Portemonnaie finanzieren, irrt gewaltig. Um dieses Milliardenloch zu stopfen, wären massive Steuererhöhungen unumgänglich. Konkret müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,5 Prozentpunkte angehoben werden. Zum Vergleich: Für die Finanzierung der 13. AHV-Rente werden lediglich 0,7 Prozentpunkte benötigt – also knapp ein Viertel dieser Belastung. Eine solche Erhöhung würde das tägliche Leben massiv verteuern: Vom Wocheneinkauf bis zum Coiffeurbesuch würde alles spürbar teurer werden. Besonders hart träfe

dies den Mittelstand und Menschen mit geringen Einkommen. Die Initiative ist somit ein klassischer Schuss ins eigene Knie.

#### **NEIN zur Finanzierung aller Schnapsideen!**

Anders als bei den hohen Beträgen ist noch überhaupt nicht klar, wofür man die Mittel ausgeben will. Bestehende, funktionierende Subventionen und Förderprogramme werden schlicht ignoriert. Wissenschaftliche Belege für die Wirksamkeit der geplanten Massnahmen? Fehlanzeige. Anstatt auf bewährte Mechanismen zu setzen, soll der Staat eigenmächtig bestimmen, welche Branchen, Technologien und Lebensbereiche er fördert. Diese Machtkonzentration entmachtet den Markt und untergräbt die Eigenverantwortung der Bürger. Eine solche staatliche Lenkung führt zwangsläufig zu Ineffizienz, Bürokratie und krassen Fehlentscheidungen. Am Ende droht eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern für visionäre, aber völlig praxisferne Schnapsideen.

#### **NEIN zur grünen Planwirtschaft!**

Echte ökologische Innovation entsteht durch Freiheit, Forschung und Unternehmertum – nicht durch ein Bürokratiemonster, das Milliarden nach dem Giesskannenprinzip verteilt. Die Initiative will die Schweizer Wirtschaft in ein enges Korsett staatlicher Vorgaben zwingen und einen Selbstbedienungsladen für

ideologische Projekte schaffen. Doch ein staatlicher Planer kann Fortschritt nicht erzwingen. Das Ergebnis eines solchen «grünen Traums» ist eine ineffiziente Lenkung, die Innovationen eher behindert als fördert und die Schweiz international wettbewerbsunfähig macht.

#### **NEIN zu einer «Klima ist wichtiger als alles andere»-Mentalität!**

Der Klima-Schuldenfonds würde jährlich bis zu zehn Prozent des gesamten Bundesbudgets binden. Dieses Geld würde an allen Ecken und Enden fehlen: bei der Sicherheit (Armee und Polizei), der Gesundheit, der Bildung, dem Strassenbau, der Landwirtschaft und den Sozialausgaben. Eine einseitige Priorisierung zulasten aller anderen staatlichen Kernaufgaben ist brandgefährlich. Wir können es uns nicht leisten, das gesamte Staatsbudget einer einzigen ideologischen Agenda unterzuordnen und dabei die Grundversorgung und die Sicherheit unseres Landes zu gefährden.



**Christian Steiner,**  
Fraktionssekretär

# **HÖHERE STEUERN. MEHR SCHULDEN.**

*Am 8. März*

# **NEIN**

ZUM **KLIMA-SCHULDENFONDS**

[klimafonds-nein.ch](http://klimafonds-nein.ch)



# Was die FDP empfiehlt

Unsere Parolen für die nationalen Abstimmungen  
vom 8. März 2026

Abstimmung vom 8. März 2026

## Individualbesteuerung



\*Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung (BBl 2025 2033).

Abstimmung vom 8. März 2026

## SRG-Initiative



\*Volksinitiative "200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)" (BBl 2025 2887).

Abstimmung vom 8. März 2026

## Klimafonds-Initiative



\*Volksinitiative "Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)" (BBl 2025 2888).

Abstimmung vom 8. März 2026

## Bargeld-Initiative



\*Volksinitiative "Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)".

Abstimmung vom 8. März 2026

## Gegenentwurf zur Bargeld-Initiative



\*Direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung (BBl 2025 2885 2886).

Fotos: André Springer

# Impressionen von der Delegiertenversammlung

31. Januar 2026 in Genf



Unser Co-Präsidium Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann bereiten sich auf die Delegiertenversammlung vor.



Bundesrat Ignazio Cassis wandte sich in einer spannenden Rede an die Delegierten.



Co-Parteipräsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher.



Die Delegierten unterschreiben die Resolution zum Entlastungspaket 2027. Wir fordern: der Staat muss endlich Prioritäten setzen.



Lebhafte Diskussionen im Rahmen der Parolenfassung zur SRG-Initiative.

# Nein zur SVP-Chaos-Initiative!

Ein gefährliches Experiment auf Kosten von Wirtschaft und Sicherheit

Die SVP will einen 10-Millionen-Deckel für die Bevölkerung. Das ist gefährlich und führt zu Ungewissheit und Chaos.

Mit ihrer Chaos-Initiative (Nachhaltigkeits-Initiative) will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Gerade jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die etablierten Verträge der Schweiz aufgekündigt werden. Die Folge wäre ein unkontrollierbares Chaos. Entweder kämen mehr Migranten von ausserhalb der EU oder unsere Spitäler würden kollabieren, die Restaurants müssten schliessen und viele KMU könnten einpacken. So oder so würde die Schweiz zum Mekka für Asilmigration werden. Dies muss entschieden bekämpft werden.

### Kontingente und Planwirtschaft führen ins Chaos

Die Chaos-Initiative schreibt eine starre, für alle Zeiten fixierte Bevölkerungsgrenze von zehn Millionen Menschen in die Verfassung. Künftig würde statt des freien Markts eine unschweizerische Planwirtschaft gelten. Nur wenn jemand stirbt oder das Land verlässt, dürfte ein anderer Mensch einwandern oder (bis 2050) geboren werden. Wie das in der Praxis funktionieren soll, darüber schweigen sich die Initianten aus. Vermutlich würde der Staat Kontingente verteilen. Nur: Wie genau?

Welche Branchen würden Kontingente erhalten und welche müssten auf neue Arbeitskräfte verzichten? Wer würde als Erstes den Laden dichtmachen? Die Bauern, das Gastgewerbe oder die Maschinenindustrie? Würde die Schweiz eher auf die Forscher an ihren Hochschulen oder auf die Lastwagenfahrer, die unsere Lebensmittel transportieren, verzichten? Wäre es besser, deutsche Chirurgen, die heute in Landspitälern operieren, oder Mitarbeiter von Reinigungsinstituten, die in urbanen Zentren Bürotoiletten putzen, abzuweisen? Niemand weiss es. Klar ist, dass es allen schadet und das Chaos riesengross wäre.

### Die Schweiz wird zum Asylmekka für illegale Migranten und Schlepper

Wenn die Chaos-Initiative angenommen wird, produziert die SVP einen regelrechten Asylsupergau. Der Wortlaut der Initiative ist eindeutig: Die Schweiz muss die Schengen-Dublin-Verträge kündigen, da diese auf der Personenfreizügigkeit basieren. Die

Schweiz wäre draussen. Die Folge? Zehntausende abgewiesene Asylbewerber aus ganz Europa könnten in der Schweiz ein zweites Asylgesuch stellen. Die Schweiz würde zum Mekka für Asylbewerber und skrupellose Schlepper werden. Unser Asylsystem würde zusammenbrechen. Denn nur dank dem Dublin-Vertrag kann die Schweiz deutlich mehr Menschen mit negativem Asylentscheid in den zuständigen Staat überstellen, als sie aus den Partnerstaaten übernehmen muss. Ohne den Dublin-Vertrag könnten hunderttausende Abgewiesene aus ganz Europa hierzulande ein zweites Asylgesuch stellen. Das Chaos wäre riesig – ein brutaler Schuss ins eigene Knie.

### Die Polizei wird blind

Nicht nur die Linken schwächen heute unsere Polizei! Fällt die Personenfreizügigkeit mit der EU weg, verliert unsere Polizei den Zugang zum Schengen-Informationssystem (SIS). Ohne das Schengen-Informationssystem (SIS) verliert sie den Zugriff auf die wichtigste Datenbank zur Verbrechensbekämpfung. Das SIS liefert täglich Dutzende Warnmeldungen über Terroristen und andere Kriminelle. Ohne diese Datenbank wären unsere Polizistinnen und Polizisten blind. Banden, Einbrecher, die Mafia und andere Kriminelle könnten ungestört in die Schweiz einreisen. Aber auch Terroristen und Gefährder hätten ein leichtes Spiel. Hier spielt die SVP mit dem Feuer und gefährdet unsere Sicherheit.

### Frei reisen wäre passé

Ein Ja zur Chaos-Initiative würde den kleinen Grenzverkehr beenden. Anstelle von Ausflügen in die Nachbarländer gäbe es wieder Schlagbäume an den Grenzen. Pendler und Ausflügler müssten sich auf lange Wartezeiten an den Zollstellen einstellen. Beim Fliegen könnten Schweizer Airlines ihre unbeschränkten Verkehrsrechte im EU-Luftraum verlieren. Die Folge wären weniger Direktverbindungen und deutlich höhere Ticketpreise aufgrund des geringeren Wettbewerbs. Insgesamt würde das Reisen in Europa komplizierter, da der gewohnte Komfort offener Grenzen wegfiel und die Schweiz gegenüber der EU rechtlich wie ein Drittstaat behandelt würde.

### Gefährdet die AHV

Die Chaosinitiative ist in Wahrheit ein gefährliches Experiment auf dem Rücken unserer Sozialversicherungen. Wer die Bevölkerung künstlich deckelt, würgt den demografischen Motor der AHV ab. Unser Rentensystem ist zwingend auf eine dynamische Wirtschaft und junge Beitragszahler angewiesen. Da die einheimische Geburtenrate seit Jahrzehnten zu niedrig ist, sichert die gezielte Zuwanderung von Fachkräften die Finanzierung unserer Altersvorsorge. Eine starre Obergrenze würde das Verhältnis zwischen Einzahlern und Rentnern massiv verschlechtern und die AHV in den Ruin treiben. Wer «Ja» zu dieser Initiative sagt, nimmt Rentenkürzungen oder massive Lohnabzüge bewusst in Kauf.

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 31. Dezember 2026 in Genf fassten die Delegierten deutlich die NEIN-Parole zur Initiative der SVP. Weitere Informationen zur Gegenkampagne des überparteilichen Komitees finden Sie unter [www.nein-chaos.ch](http://www.nein-chaos.ch).



Christian Steiner,  
Fraktionssekretär

# Resolution der FDP zum Entlastungspaket 2027

Einstimmig verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 31. Januar 2026 in Genf.

Liebe Ständerätinnen und Ständeräte, liebe Nationalrätinnen und Nationalräte

Nach jahrzehntelanger Ruhe sieht sich die Schweiz heute wieder von Feinden bedroht. Über München fliegen unbekannte Drohnen, in Polen werden Gleise gesprengt. Wladimir Putin droht, seinen Krieg in weitere europäische Länder zu tragen. **Jede und jeder weiss es: Die Schweiz muss mehr in ihre Sicherheit investieren – das wird viele Milliarden Franken kosten.**

Bei der Finanzierung dieser Milliarden scheiden sich die Geister. Reflexartig rufen viele Politikerinnen und Politiker nach neuen Steuern. **Zahlen sollen also die Bürgerinnen und Bürger.** Dabei hätte der Staat genug Geld – er müsste nur die richtigen Prioritäten setzen. In der nächsten Session werden Sie erneut über das «Entlastungspaket 27» beraten. Dieses visionäre Projekt von Bundesrätin Karin Keller-Sutter würde den Bund um jährlich zwei bis drei Milliarden Franken entlasten – finanzielle Mittel, wie wir sie für die Nachrüstung der Armee dringend brauchen würden.

Leider musste das Paket schon in der bisherigen parlamentarischen Arbeit zünftig Federn lassen. Hier wurde eine Bundesausgabe geschützt, dort eine Subvention verteidigt. **Bereits ist das Entlastungspaket um mehr als einen Drittel geschrumpft.**

Wir, die Unterzeichnenden dieses Briefs, **protestieren gegen diese Sparverweigerung.**

1. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz dringend **in ihre Sicherheit** investieren und ihre Verteidigungsfähigkeit wiedererlangen muss.
2. Wir fordern Sie auf, neue Steuern abzulehnen und den **Spardruck hochzuhalten**. Im Entlastungspaket 27 und mit einem zweiten Entlastungspaket. Darin muss auch der grösste Kostenblock überprüft werden: **die rasant steigenden Sozialausgaben.**
3. Wir verlangen als ersten Schritt, dass der **AHV-Bundesanteil** nicht stärker wachsen darf als die Teuerung.
4. Wir erwarten, dass Sie – die Politikerinnen und Politiker aller Parteien – sich aus dem Griff **der Verbände** lösen, denen Sie verbunden sind, und an die Gesamtinteressen Ihrer Wählerinnen und Wähler denken.
5. Wir fordern einen **Personalstopp beim Bund**, analog zur Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen.

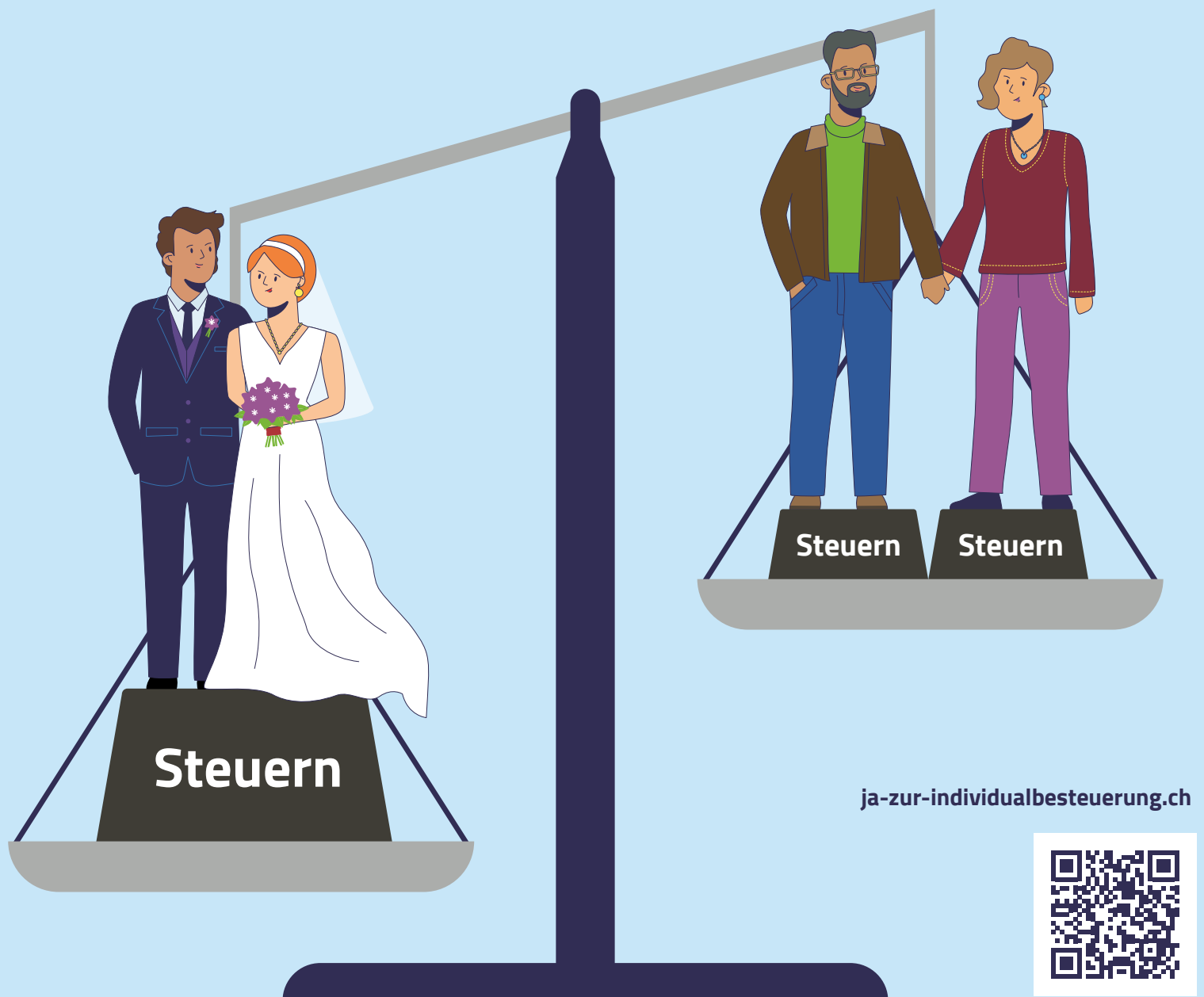
Drei friedliche Jahrzehnte lang haben Sie (oder viele von Ihnen) in Sonntagsreden verlangt, dass unser Staat **handlungsfähig bleiben muss**, um auf Krisen reagieren zu können.

Nun, 2026, gilt es ernst. Jede Politikerin, jeder Politiker steht heute vor einer unangenehmen Wahl: **Entweder er schützt Partikularinteressen. Oder er schützt die Schweiz.**

Welche Wahl treffen Sie? Wir zählen auf Sie.

Herzlich  
Die Delegierten der FDP. Die Liberalen Schweiz

# Heiratsstrafe abschaffen



[ja-zur-individualbesteuerung.ch](http://ja-zur-individualbesteuerung.ch)



**JA** zur Individualbesteuerung  
8. März 2026